

Kraftwerken und Fabriken. Bleibt es dabei, wird das 1,5-Grad-Ziel nicht zu erreichen sein. Selbst um die völkerrechtlich verbindliche Zwei-Grad-Obergrenze einzuhalten, müsste die Pro-Kopf-Emission weltweit deutlich unter zwei Tonnen pro Jahr sinken, schreibt das Bundesministerium für Umwelt.

Doch China, Indien und andere ärmere Länder beanspruchen Wohlstand und Wachstum wie im Westen. Zu Recht. Also muss der Westen seine Ansprüche deutlich zurückschrauben. Da reicht es nicht, Umweltverschmutzung nur etwas teurer zu machen und zu hoffen, der Markt regelt den Rest. Das ist ungerecht, denn diese Strategie geht vor allem auf Kosten derjenigen, die jetzt schon wenig haben. Es sind vielmehr Regeln notwendig, die alle treffen, Reich und Arm gleichermaßen.

Das aber wird nur funktionieren, wenn der Umgang mit den wichtigsten Produkten und Produktionsmitteln - Mobilität, Nahrung, Wohnen, Digitalisierung - nach Kriterien der Vernunft erfolgt. Und nicht mehr nur mit dem Ziel der Gewinnmaximierung. Das heißt zum Beispiel: Die Kohleverbrennung muss umgehend beendet werden. Verbrennungsmotoren müssen - mit Übergangsfristen, aber so bald wie möglich - vom Markt verschwinden. Selbst für E-Autos sollte es PS- und Tempolimits geben. Für Verpackungen muss recyclingfähiges Material vorgeschrieben, Fleischkonsum muss teurer werden. Flugreisen könnten sogar kontingentiert werden. Zugleich muss der öffentliche Verkehr intensiv ausgebaut und gefördert werden. Die Pläne, wie sich das alles umsetzen lässt, müssen die Experten entwickeln - nach Vorgabe der Parlamente.

Die Gesellschaft muss akzeptieren, dass sich solche Maßnahmen nicht mehr vermeiden lassen. Die Verbraucher stehen in der Verantwortung, selbst zu handeln, soweit es ihnen möglich ist. Sie müssen aber auch ihre Abgeordneten ermächtigen zu regeln, was nötig ist. Wer hier die Freiheit eingeschränkt sieht, hat recht. Aber es gibt kein Recht auf die Freiheit, alles kaufen zu können, was man sich leisten kann. Diese Ansicht war immer verantwortungslos, unsozial - und angesichts der Klimaerhitzung ist sie am Ende. Natürlich darf keinesfalls eine Ökodiktatur errichtet werden. Aber auch in einem Land mit Demokratie und Marktwirtschaft hört die Freiheit des Einzelnen da auf, wo die Lebensgrundlagen aller bedroht sind.